



PRESSEMITTEILUNG

**Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr – hier:
Ziviles Auskunftsersuchen scheitert in der ‚Zeitenwende‘.**

Zur Rolle der Militärjustiz im Rahmen der Wehrmacht wurde viel geforscht und geschrieben. Der jahrzehntelange Kampf in der BRD nach 1945 um die Neueinführung einer Militärjustiz fand mehr im Verborgenen statt, endete aber erst mit Ablauf des 20. Jahrhunderts – für ein knappes Dezennium. Nach teils kontroverser parlamentarischer Beratung wurde 2013 ein ‚Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr‘ eingerichtet – in Kempten/Allgäu. Mit dieser Entscheidung wurde Vorläufiges signalisiert, weil eine militärisch-administrativ interessierte Seite weiterhin auf die Errichtung einer umfassenden Militärjustiz drängt. Demgegenüber existieren in zivil orientierten Justizkreisen und auch von Seiten unseres NS-Opferverbands starke Vorbehalte gegenüber erneuter Schaffung einer militärischen Sonderjustiz. Um die Entwicklung dieses neu geschaffenen Gerichtsstands überhaupt beurteilen zu können, ist es zwingend notwendig, über dessen Tätigkeit zumindest in groben Zügen informiert zu sein.

Unsere Bundesvereinigung hat 2016 eine erste Anfrage zur Tätigkeit der Sonderstaatsanwaltschaft in Kempten angeregt, die damals von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag aufgegriffen wurde. Weil der Kemptener Gerichtsstand zur Bayerischen Justiz gehört, ist allein das Staatsministerium für Justiz in Bayern für Auskünfte zuständig. Unsere Bezugnahme darauf und (mehrfache) Anfrage an den rechtspolitischen Sprecher der Grünen blieb im Februar/März 2026 unbeantwortet. Unsere entsprechende Bitte an den rechtspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion wurde von ihm zwar dankenswert aufgegriffen, die bisherige Reaktion auf seine Anfrage vom 13. April 2026 blieb jedoch völlig unzureichend. Nachdem die Anfrage im Jahr 2016 hinreichend beantwortet worden war, wurde 2026 lediglich noch die Zahl verhandelter Fälle mitgeteilt. Im Unterschied zu 2016 fehlten Angaben zu verhandelten Delikten sowie Auskünfte zu den Urteilen. Obendrein wurde übermittelt, es lägen für 2016 keine Angaben vor, obwohl diese bereits in der Auskunft zum Jahr 2016 enthalten waren. Eine von uns erbetene Änderung dieser unzureichenden Auskunftslage war bis heute nicht zu erreichen. Deshalb wenden wir uns nun an die Öffentlichkeit.

Die erhebliche Diskrepanz zwischen dem Verhalten der politisch Beteiligten im Jahr 2016 und heute offenbart einen skandalösen Mangel an Transparenz. Dieser ist mehr als bemerkenswert, weil wir uns – wie es der Begriff „Zeitenwende“ explizit zum Ausdruck bringt - in einer Umbruchphase befinden, die die Möglichkeit eines künftigen Krieges mit deutscher Beteiligung sowie den Aufbau der hierfür erforderlich gehaltenen Einrichtungen und Institutionen immer realer erscheinen lässt.

Eine neue Militärjustiz stünde u.E. im Widerspruch zum Friedensgebot des Grundgesetzes, wäre zudem zeitgeschichtlich hoch belastet, grundsätzlich umstritten, ist deshalb abzulehnen und zu verhindern. Umso notwendiger wäre es, gegenüber demokratischer Öffentlichkeit befürchtete Ansätze eines Neuaufbaus einer ‚Militärjustiz‘ zurückzuweisen. Das schließt detaillierte Information über die Arbeit des Gerichtsstands ein. 2016 war sie möglich, warum 2026 nicht mehr?

Bleiben die erbetenen Informationen aus, dann wird der Eindruck bestärkt, es werde erneut eine besondere Beziehung zwischen Justiz und Militär/Bundeswehr herbeigeführt, die sich demokratischer, ziviler Kontrolle entzieht. Unsere Organisation wurde von Opfern der NS-Militärjustiz gegründet, das verpflichtet unseren NS-Opferverband, beharrlich, wachsam und kritisch Aufklärung zu fordern.

Günter Knebel
Vereinsvorstand

Dr. Rolf Surmann
wissenschaftlicher Beirat

Bremen, 1. Juni 2026

Anlage: Unser Schreiben an MdL Horst Arnold, SPD, vom 4. Mai 2026. Weitere Informationen verlinkt.

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)
Vorsitz vakant.

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrevorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg † /
Vorsitzender: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Beisitzer:
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg.